

## Europas Jugend eine Perspektive geben

*Beschlossen auf dem Bundeskoordinierungstreffen vom 09.-11. November 2012 in Berlin*

Die Krise des Kapitalismus und der Finanzmärkte hat Europa und seine Bevölkerung noch immer voll im Griff. Die Bonität von südeuropäischen Staaten wie Griechenland und Spanien wurde gravierend herabgestuft. Die Folge sind horrenden Zinsen für geliehenes Geld. Um die Staaten vor der Zahlungsunfähigkeit zu bewahren, ist die europäische Staatengemeinschaft schon mehrfach mit Geldspritzen und Bürgschaften eingesprungen. ESM und Fiskalpakt sind keine Hilfspakete, sondern dienen der „Rettung“ finanzkräftiger Gläubiger auf Kosten der Bevölkerung. Mit diesen Maßnahmen soll die gescheiterte neoliberale Kürzungs- und Privatisierungspolitik gegen massiven Widerstand der Bevölkerung weiter durchgesetzt werden. Diese Lösungsansätze verbleiben leider weiter in der neoliberalen Logik des Mainstream heutiger Wirtschaftswissenschaft. So müssen die betroffenen südeuropäischen Staaten harte Spareinschnitte vornehmen und diverse Leistungen des Staates streichen. Das Ziel: Abbau der Schulden und Herstellen der Wettbewerbsfähigkeit der Staaten. Vor allem die deutsche Bundesregierung drängt dabei zu harten Spareinschnitten.

Doch dieses Vorgehen ist aus unserer Sicht ganz und gar unsozial. Durch die harten Spareinschnitte ist die Konjunktur in den betroffenen Ländern deutlich eingebrochen. Folge daraus ist ein starkes Ansteigen der Arbeitslosigkeit. Das trifft vor allem junge Menschen: Jugendarbeitslosigkeit in Spanien und Griechenland hat traurige Rekordquoten erreicht. So sind laut Bericht der International Labour Organisation (ILO) von 2012 53% der jungen SpanierInnen zwischen 15 und 24 arbeitslos, in Griechenland sogar 55%. Die Folgen der Krise des Kapitalismus im Jahr 2008, der Bankenrettungen und des europäischen Spardiktates trägt die europäische Jugend. Die Alternative müssen wir selber sein. Die Juso-Hochschulgruppen kämpfen für Vollbeschäftigung, eine Demokratisierung der Wirtschaft und eine humane Ausrichtung der Arbeit. Durch die fehlende Aussicht auf einen Job werden der Jugend vor allem im südlichen Europa zum einen Sicherheit und die Aussicht auf ein geregeltes Einkommen, genommen, aber auch die Möglichkeiten der eigenen Entwicklung und Entfaltung sowie der gesellschaftliche Teilhabe eingeschränkt.

Die Situation unserer Generation in Zeiten der Wirtschafts- und Finanzkrise in vielen europäischen Ländern ist für uns Juso-Hochschulgruppen nicht hinnehmbar. Wir müssen in Gesellschaft und Politik dafür kämpfen, dass jeder junge Mensch, der Arbeiten will, dies auch kann. Unsere Generation braucht wieder Perspektiven. Dafür müssen wir und die europäische Sozialdemokratie eintreten.

Die europäische Sozialdemokratie, wie auch die sozialdemokratischen Studierendenverbände, müssen Alternativen zur aktuellen Politik finden und der europäischen Jugend wieder eine Perspektive geben. Die Stärke der Sozialdemokratie war es immer, progressive Zukunftsideen zu haben und somit eine

Perspektive auf ein besseres Leben zu geben. Um das zu erreichen, braucht es Ideen und politisches Handeln. Wir wollen daher:

- Perspektiven durch soziale Gerechtigkeit,
- Perspektiven durch Bildung,
- Perspektiven durch die Chance auf Arbeit schaffen.

### **Perspektiven durch Gerechtigkeit schaffen!**

Soziale Gerechtigkeit ist die Grundlage zur Schaffung von Perspektiven und Chancen junger Menschen in Europa. Die Finanz- und Wirtschaftskrise und der strenge Sparkurs, der Ländern wie Griechenland, Spanien oder Italien auferlegt wurde, trifft vor allem Menschen mit geringen und mittleren Einkommen. Das ist nicht gerecht!

Eine Wirtschaftskrise kann nicht dadurch bekämpft werden, dass an allen Ecken gespart wird, stattdessen muss die Wirtschaft durch Investitionen wieder in Schwung gebracht werden. Ein Sparen an öffentlicher Infrastruktur, an Bildung und sozialen Leistungen ist der falsche Weg und führt nur immer weiter in die Rezession.

Wir wollen, dass alle Menschen sich entlang ihrer individuellen Fähigkeiten entfalten und verwirklichen können. Eine Jugendarbeitslosigkeit von mehr als 50%, steigende Belastung von ArbeitnehmerInnen und eine fehlende soziale Infrastruktur verstärken die Ungleichheit in einer Gesellschaft. Das ist der falsche Weg! Eine Politik, die nachhaltig und an den Menschen orientiert ist, muss das Ziel verfolgen, die Rahmenbedingungen schaffen, in denen sich Menschen unabhängig ihrer Herkunft und unabhängig von Vermögen entwickeln können. Dazu gehören soziale Absicherung, eine gute Infrastruktur und ein gerechtes und gutes Bildungssystem. Dazu müssen die öffentlichen Ausgaben gesteigert werden.

Eine gerechte Gesellschaft kann auch nicht durch starres Denken in nationalen Schranken geschaffen werden. Staaten dürfen nicht in einen Wettbewerb treten, Staaten dürfen nicht aus der Krise der anderen Profit schlagen. Das ist nicht nur unsolidarisch, sondern unverantwortlich gegenüber allen Menschen, deren Perspektiven, deren Existenz durch die Folgen der fehlgeleiteten Krisen-Politik genommen wurde.

Soziale Gerechtigkeit bedeutet für uns immer auch Umverteilung innerhalb der Gesellschaft. Die Schere zwischen Arm und Reich driftet derzeit immer weiter auseinander, dies zeigte zuletzt der Armutsbericht für Deutschland, aber auch in anderen europäischen Ländern ist dieser Trend zu beobachten. Daher braucht es in ganz Europa eine aktive Umverteilungspolitik, die durch gerechte Steuerkonzepte, der Einführung von Mindestlöhnen und einer allgemeinen Arbeitszeitverkürzung diesem Trend entgegenwirkt. Denn das Europäische Projekt kann nur bestehen, wenn es nicht alleinig als Wirtschaftsunion dient, sondern wenn es das Ziel verfolgt, dass es den Menschen in Europa besser gehen muss. Dafür muss innerhalb Europas begonnen werden, den Gesellschaftsteilen, die besonders unter der Krise leiden, mehr Unterstützung zukommen zu lassen. Europa ist für uns ein solidarisches Gesellschaftsprojekt, was bedeutet, dass die Mitglieder der

Gesellschaft sich gegenseitig unterstützen müssen. Ein Europa, in dem jeder auf seinen eigenen Gewinn bedacht ist, wird scheitern.

### **Perspektiven durch Bildung schaffen!**

Es braucht freien Zugang zu Bildung, gleiche gesellschaftliche Teilhabe und solidarisches Lernen. Die Durchlässigkeit zwischen verschiedenen Bildungseinrichtungen, aber auch zwischen verschiedenen Ebenen eines Bildungssystems ist dabei essentiell wichtig und hier liegt meist auch der Kern des Problems. Denn früh bleiben meist vor allem jene auf der Strecke, die aus nicht-akademischen, sozial oder finanziell schwachen Hintergründen kommen. Das ist nicht gerecht und kann nicht der Anspruch an ein gutes Bildungssystem sein. Stattdessen müssen Strukturen geschaffen werden, die allen die bestmögliche Bildung und Ausbildung ermöglicht. Wichtigste Grundlage dafür ist die öffentliche Ausfinanzierung des Bildungssystems und die Abschaffung von Bildungsgebühren auf allen Ebenen. Der steigende gesellschaftliche Bedarf an akademischer Bildung darf nicht dadurch gebremst werden, dass zu wenig Geld für entsprechende Bildungseinrichtungen zur Verfügung gestellt wird.

Außerdem müssen staatliche Schul- und Studienfinanzierungsinstrumente geschaffen werden, die Schülerinnen und Schülern sowie Studierenden ein eigenständiges Leben unabhängig ihrer Herkunft ermöglichen. Die Infrastruktur der Bildungsangebote muss weiter ausgebaut werden. Für qualitativ gute Lehre braucht es mehr Personal, mehr Raum und eine gute Ausstattung von Gebäuden. Dazu gehört auch finanzierbarer Wohnraum und eine gute soziale Infrastruktur, um ein Leben auf eigenen Beinen zu fördern.

Bildung ist dabei nicht nur darauf abgezielt, gewisse Abschlüsse zu erzielen und dabei auf dem Arbeitsmarkt, auch dem internationalen Arbeitsmarkt mehr Perspektiven zu haben. Bildung ist auch der Schlüssel zu einem selbstbestimmten Leben und kritischer Reflexion.

Im Kontext einer weltweiten Wirtschafts- und Finanzkrise darf ein gerechtes Bildungssystem nicht streng in Nationalgrenzen gedacht werden, sondern wir brauchen einen Paradigmenwechsel hin zu offenen, selbstbestimmten und internationalen Strukturen. Die Grundlage dazu muss durch die Anerkennung und Gleichwertigkeit von Bildungsabschlüssen sowie die Förderung von internationaler Mobilität durch finanzielle und organisatorische Unterstützungsangebote geschaffen werden.

Im Hochschulbereich ist auch ein Wandel weg von dem Verständnis einer reinen Investition in Humankapital hin zu einem Verständnis kritischer Wissenschaft und selbstbestimmtem Lernen nötig, um gute Bildung zu ermöglichen. In diesem Zusammenhang ist auch ein transdisziplinärer Ansatz von großer Bedeutung, denn nur wenn wir strenge Fächergrenzen einreißen und umfassende und individuelle Studienangebote schaffen, können junge Menschen Perspektiven entwickeln. Wir Juso-Hochschulgruppen als internationalistischer Verband setzen uns innerhalb der Ecosy für eine Etablierung eines sozialistischen Studierendenverbandes ein. Ziel wären „Juso-Hochschulgruppen“, die sich innerhalb der SPE für jungsozialistische

Hochschulpolitik einsetzen. So können auch Alternativen und Wege aus der Krise gedacht und entwickelt werden.

### **Perspektiven durch die Chance auf Arbeit schaffen!**

Arbeit schafft durch zwei Gründe eine Perspektive.

Der erste Grund ist offensichtlich, nämlich monetär. Die Aufnahme einer Arbeit kann für monetäre Selbstständigkeit und Unabhängigkeit sorgen. Gleichzeitig schafft ein geregeltes Einkommen auch Sicherheit. Damit Unabhängigkeit und Sicherheit gewährleistet sind, ist auf die Einhaltung europäischer Arbeits- und Sozialstandards zu achten. Hierzu zählen neben dem Recht auf gewerkschaftliche Organisation und Mitbestimmung die Festsetzung wirksamer Mindestlöhne, die Beschränkung der maximalen Arbeitszeit, Kündigungsschutz, Qualifizierungsmöglichkeiten und arbeitsermöglichende Regelungen für Menschen mit Behinderung, chronischer Erkrankung sowie Menschen mit Kindern. Es ermöglicht jungen Menschen, auf eigenen Beinen zu stehen und eigene Erfahrungen zu machen. Denn Fakt ist: Bedingt durch die hohe Jugendarbeitslosigkeit ziehen die jungen Menschen immer später aus ihrem Elternhaus aus, um auf eigenen Beinen zu stehen. Zum Beispiel beziehen junge Menschen in Italien im Durchschnitt erst mit fast 30 ihre erste eigene Wohnung. Das liegt auch daran, dass sie sich diese vorher nicht leisten können.

Der zweite Grund ist die starke gesellschaftliche Teilhabe und Integration sowie die berufliche Sozialisation. Die Aufnahme einer Arbeit ist eine wichtige Entwicklungsstufe im Leben vieler junger Menschen. Sie müssen die Möglichkeit bekommen, sich durch ihre Arbeit, durch ihren Beruf selbst zu verwirklichen und ihre Interessen zu leben.

Die Aufnahme von Arbeit integriert somit stark in die Gesellschaft und bietet neue Perspektiven und Blicke auf die eigene Position im kapitalistischen Produktionsprozess. Erwerbsarbeit ist ein Spezifikum im Kapitalismus, zu der die Arbeiterklasse durch die doppelte Freiheit von Produktionsmitteln gezwungen wird. Durch diesen Zwang zur Erwerbsarbeit wird die freie Entfaltung des Individuums verhindert. Unser sozialistisches Verständnis von Arbeit soll es jeder/jedem ermöglichen nach ihren/seinen Interessen und Möglichkeiten eine Arbeit aufzunehmen. Daher muss es den jungen Menschen möglich sein, eine Arbeit aufzunehmen.

Dabei muss aber auch sichergestellt werden, dass auch Menschen ohne Arbeit nicht von der Gesellschaft ausgeschlossen und nicht stigmatisiert werden. Soziale Sicherheit ist dafür eine bedeutende Voraussetzung. Menschen die ihre Arbeitsstelle verlieren oder keine Arbeit finden müssen in unserer Gesellschaft in Würde leben können.

Für uns ist klar: Perspektive kann nur eine Arbeit liefern, die unter fairen Bedingungen läuft. Eine Arbeit, die die Menschen und ihre Arbeitskraft ausbeutet und unfair bezahlt wird, schafft keine Perspektive. Daher stehen wir zu gesetzlich geregelten Mindestlöhnen und Mitbestimmungsrechten des Personals.

Die Entwicklungen in den südeuropäischen Ländern zeigen, dass auch junge AkademikerInnen von Arbeitslosigkeit betroffen sind. Die Antwort darauf kann nicht nur daraus bestehen, dass sie in anderen (europäischen) Ländern mithilfe von Mobilitätssteigerungen arbeiten können, sondern es müssen auch ausreichend Arbeitsplätze vor Ort angeboten werden. Perspektiven zur Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze wurden bereits in den 80er Jahren von Gewerkschaften erarbeitet. Das können zum Beispiel auch Arbeitszeitverkürzungen bei gleichbleibendem Lohn sein, sodass mehr Stellen geschaffen werden können. Solche Alternativen müssen auch mit Unterstützung aller europäischen Länder erarbeitet werden. Denn das Ziel ist klar: Jeder Mensch muss die Chance auf eine Arbeit haben, die ein menschenwürdiges Leben ermöglicht.

### **Es braucht einen Politikwechsel!**

Um die drei Ansätze zum Kampf um Perspektiven einer jungen Generation zu schaffen, braucht es klares politisches Handeln. Soziale Gerechtigkeit kann nur hergestellt werden, wenn sich die südeuropäischen Staaten nicht auf Kosten der eigenen Bevölkerung zugrunde sparen müssen. Ratingagenturen dürfen nicht weiter den Ton angeben, sondern die Politik muss wieder das Ruder in die Hand nehmen und für eine nachhaltige und soziale Krisenpolitik sorgen. Europa darf nicht weiter als reiner Wirtschaftsverbund verstanden, sondern muss als Solidargemeinschaft gedeutet werden. Die Chance auf Arbeitsplätze kann nur erhöht werden, wenn die Staaten durch Investitionen ein Zusammenbrechen der Wirtschaft verhindern und sie wieder stärken. Perspektivische Bildung muss Zugangsbarrieren und finanzielle Hürden abbauen, offener in ihrer Gestaltung und Lehre werden, ausfinanziert sein und somit gute Bedingungen für die Lernenden schaffen. Auch entsprechende soziale Infrastrukturen müssen vorhanden sein, die europäischen Gedanken gelebt und ein problemloser Austausch unter einander ermöglicht werden. Wir müssen durch die Befähigung zum kritischen Denken mit den benötigten Freiräumen den Menschen wieder die Möglichkeit der Entwicklung von Perspektiven geben. Die europäische Politik muss endlich anfangen, in ihrem Handeln auch unsere Generation einzubeziehen, nachhaltige Strategien zu entwickeln und darf uns nicht jede Chance auf eine Perspektive nehmen.

Die Lage der jungen Menschen in Europa ist besorgniserregend. Alle Länder müssen sich darüber verständigen, wie Perspektiven für junge Menschen geschaffen und die Chancen von jungen Menschen auf ein selbstbestimmtes Leben geschaffen werden können. Die von uns aufgezeigten Perspektiven sind für eine Weiterentwicklung Europas unerlässlich. Die gerade im Hinblick auf die Kapitalismuskrise erstarkte Nationalstaatlichkeit ist ein Rückschritt. Ziel muss es sein, endlich einen gemeinsamen europäischen Staat zu begründen.